



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Wohlstand in Deutschland und Europa ist untrennbar verbunden mit der liberalen Ordnung der Welt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs maßgeblich von den Vereinigten Staaten von Amerika errichtet und aufrechterhalten wurde. Garant für den Aufstieg Deutschlands zu einer der führenden Wirtschafts- und Industrienationen waren allerdings nicht allein der Abbau von Handelsbarrieren oder die Errichtung von Institutionen zur Förderung des Freihandels. Verantwortlich war ebenso die Einbettung in ein Wertefundament, in dem Freiheit, Demokratie und die soziale Marktwirtschaft die herausragenden Konstanten bilden. Damals wie heute konkurrieren Modelle der ökonomischen Entwicklung und des globalen Warenaustausches miteinander. Während in weiten Teilen Europas und der so genannten westlichen Welt nach wie vor die freie und soziale Marktwirtschaft Erfolg verspricht, erfahren andernorts staatskapitalistische Ansätze mit einem starken staatlichen Dirigismus Zuspruch. Die auf den ersten Blick technisch anmutende Frage nach der Gestaltung des internationalen Handels ist damit erneut zu einer emotionalen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen politischen, moralischen und weltanschaulichen Wertvorstellungen und Systemen geworden.

Wenn es um die Zukunft des Welthandels geht, ist Deutschland, das stärker als andere Länder mit der Weltwirtschaft verflochten ist, besonders gefragt. Die Wertschöpfung ist hierzulande auf eine starke deutsche Außenwirtschaft (mit einem Exportvolumen von mehr als einer Billion Euro im Jahr 2013) angewiesen, jeder fünfte Arbeitsplatz ist daran geknüpft. Deshalb liegt es im Interesse der Bundesregierung, im Verbund mit Deutschlands Partnern die Globalisierung verantwortungsvoll zu gestalten. Dazu gehört auch, sich für Freihandel und den Ausbau weltweiter Märkte einzusetzen. Dass dieses Thema in der Öffentlichkeit kritische Fragen hervorruft, zeigt die Kontroverse um

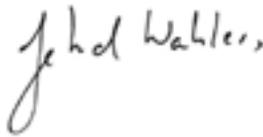
ein transatlantisches Freihandels- und Investitionsabkommen, die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

Im Juni vergangenen Jahres haben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten dazu Verhandlungen aufgenommen. Ziel sind vor allem Erleichterungen im Handelsverkehr zwischen beiden Seiten. Darüber hinaus diskutieren Brüssel und Washington den Abbau und die Angleichung regulatorischer Bestimmungen, was positive Einkommens- und Beschäftigungseffekte erwarten lässt. Lars Hänsel und Jeanene Laird beleuchten in dieser Ausgabe die politischen Faktoren um TTIP in den USA. Die Autoren zeigen sich überzeugt, dass ein solches Abkommen „immense Bedeutung für die europäischen und US-amerikanischen Partner, für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen sowie für die zukünftige Liberalisierung und geltenden Standards im Welthandel“ hat.

Beim Thema Handelsliberalisierung richtet sich der Blick der EU nicht nur nach Westen. Gegenwärtig verhandeln die Europäer darüber auch mit asiatischen Ländern wie Vietnam. Ziele und Auswirkungen des geplanten Freihandelsabkommens untersuchen Rabea Brauer, Vu Dang Tuan und Natalie Frey. Zum einen ist mit den Verhandlungen die Hoffnung auf eine liberalere Wirtschaftspolitik Vietnams verbunden, das nach wie vor planwirtschaftlich organisiert ist. Zum anderen schlussfolgern die Autoren, würde mit einer Einigung zwischen Brüssel und Hanoi „Schwung in die Verhandlungen zwischen der EU und der südostasiatischen Staatengruppe kommen, denn ein gemeinsames Handelsabkommen mit allen zehn Mitgliedstaaten der ASEAN ist das eigentliche Ziel der EU.“

Auf intraregionale Aspekte von Handelsbeziehungen gehen Kristin Wesemann und Marc Koch ein. In Lateinamerika beunruhigt die Finanzkrise in Argentinien die heimische Wirtschaft genauso wie die der Nachbarländer. „Der aktuelle Zahlungsausfall Argentiniens hat auch Folgen für den regionalen Wirtschaftsverbund Mercosur: Sollte das Problem nicht zügig gelöst werden, könnte es zu einem Ansteckungseffekt kommen – besonders Brasilien als wichtigster Handelspartner wäre betroffen“, warnen die Autoren.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung beteiligt sich aktiv an der Debatte über eine zukunftsorientierte Handels- und Wirtschaftspolitik, die auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft beruht. Wir sind davon überzeugt, dass dem ordnungspolitischen Rahmen in einer multipolaren Welt eine bedeutende Rolle zukommt. Im Kern geht es auch darum, dass sich alle Handelspartner auf gemeinsame Spielregeln einigen und daran halten, um Vertrauen zu gewinnen und fairen Wettbewerb herzustellen. Polarisierungen und einseitige Darstellungen wie in der Diskussion um TTIP helfen hier nicht weiter, sondern sachliche Argumente.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large initial 'G'.

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de